

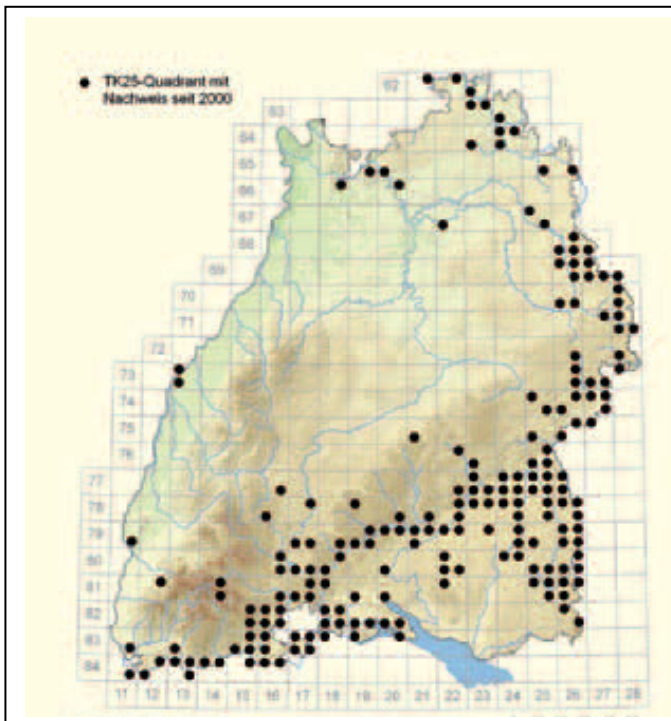
## Biber und Gewässerrandstreifen in Baden-Württemberg

### Position des BUND Landesverband Baden-Württemberg e. V.

Verabschiedet vom Landesvorstand am 1. Mai 2011

#### Biber in Baden-Württemberg

Der Biber wurde Mitte des 19. Jahrhunderts in Baden-Württemberg ausgerottet. Der Beginn der Neu-einwanderung an Hochrhein und Südlichem Oberrhein liegt in den 1970er (aus Schweiz und Elsass) bzw. an der Donau in den 1990 Jahren (aus Bayern). Seitdem breitet sich der Biber sukzessive im Lande aus. Derzeit leben schätzungsweise rund 1 500 Biber in Baden-Württemberg. Das entspricht einem guten Zehntel des bayerischen Bestands – dort wurde in den 70er Jahren mit mehreren Auswilderungsprojekten nachgeholfen. Schwerpunkte der Besiedlung und Ausbreitung liegen entlang der Donau und im Hochrheingebiet und entlang von Jagst, Rotach, Tauber und Brenz. Die weitere Ausbreitung und Bestandszunahme sind für ganz Baden-Württemberg zu erwarten.



Verbreitung des Bibers in Baden-Württemberg  
Quelle: LUBW (Mai 2010); Anm.: Es gibt über die eingetragenen hinaus weitere nachgewiesene Ansiedlungen.



Foto: U. Brütting; www.bund.net

## Die Bedeutung des Bibers für die Gewässerentwicklung

Der Biber ist eine FFH-Anhang II und IV-Art und damit streng geschützt nach § 44 BNatSchG.

Seine einzigartige naturschutzfachliche Bedeutung liegt in seiner Fähigkeit, Gewässer **grundlegend umzugestalten**, indem er sie mit Dämmen aufstaut, Bäume fällt, durch Anstau oder Ringeln zum Absterben bringt und in die Ufer Gänge und Höhlen gräbt. Durch die Strukturanreicherung steigen die Anzahl und die Bestandszahlen seltener und gefährdeter Arten sprunghaft an. Auch für den Wasserhaushalt hat der Biber eine überragende Bedeutung: In Biber-Lebensräumen läuft bei Starkregen das Wasser langsamer ab, Hochwasserspitzen werden gekappt, die Selbstreinigungskraft der Gewässer erhöht. In Trockenzeiten kommt das Wasser, das in Biberseen und durch den erhöhten Grundwasserspiegel zurückgehalten wurde, auch den angrenzenden Flächen zugute. **Die Renaturierung von Bächen, Flüssen, Weihern und Seen durch Biber ist natürlicher, effektiver und billiger als jede von Menschen ausgeführte Maßnahme.** Während das Land noch kaum begonnen hat, die EU-Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen, ist der Biber kontinuierlich dabei, deren Ziele – Ökologisierung der Gewässerstruktur und Verbindung von Gewässer und Aue – umzusetzen.

## BUND und Biber

Der BUND Baden-Württemberg hat den einwandernden und sich ausbreitenden Biber von Anfang an unterstützt, indem er die Öffentlichkeit informiert und die Landesverwaltung in Sachen Bibermanagement beraten hat. Die Pionierarbeit wird deutlich in der **BUND-Broschüre „Den Biber willkommen heißen“** von 2003. Etliche BiberberaterInnen kommen aus den Reihen des BUND, womit sich der BUND am landesweiten Bibermanagement beteiligt. Vorrangiges Thema war und ist bei den Aktivitäten des BUND die Entschärfung von Konflikten, die durch die Veränderung von Gewässer- und Ufergestalt durch den Biber entstehen (Vernässung, Ufereinbrüche, Fraßschäden).

## Konfliktmanagement

Bei etwa 15 % der Biber-Ansiedlungen kommt es aufgrund der Biberaktivitäten zu Konflikten mit BewirtschafterInnen oder AnwohnerInnen, typischerweise dort, wo bis direkt ans Gewässerufer gewirtschaftet und gefahren wird. Dort, wo die Bewirtschaftung Gewässerrandstreifen von mindestens 10 m Breite außen vor lässt, entstehen kaum Konflikte, weil sich die meisten Biberaktivitäten in dieser Zone abspielen. Bei den meisten Konfliktfällen handelt es sich um **Bagatellschäden** wie kleinflächiger Verbiss von Gehölzen, Baumfällungen, der Fraß von Feldfrüchten (z. B. Mais) oder kleinere Vernässungen. In der Regel genügt hier eine einmalige Beratung, um einvernehmliche Lösungen zu erzielen. In einigen Fällen reicht jedoch bloße Beratung oder Mediation nicht aus, beispielsweise dort, wo Biber die Funktion von Fischteichen, Kläranlagen oder Wasserkraftwerken beeinträchtigen oder durch Vernässung Schäden an gewässernahen Gebäuden verursachen.

Durch die fortschreitende Ausbreitung des Bibers nehmen die Konfliktfälle und der Wunsch nach Schadensausgleichszahlungen zu.

In den letzten sieben Jahren hat die Landesregierung – beraten unter anderem vom BUND – ein landesweites **Bibermanagement** eingerichtet, bestehend aus ehrenamtlichen BiberberaterInnen an den einzelnen Gewässern, festen AnsprechpartnerInnen bei den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden und Biberbeauftragten bei den Oberen Naturschutzbehörden Freiburg, Stuttgart und Tübingen sowie einer landesweiten Konfliktmanagerin für die schwierigsten Fälle. In Einzelfällen haben die BibermanagerInnen die Möglichkeit, Maßnahmen zu bezuschussen, die Konflikte unter Berücksichtigung der Lebensraumsprüche des Bibers verringern oder lösen. Dieses Beratungsmanagement hat sich bewährt und sollte unbedingt fortgeführt werden.

### **Vorschläge des BUND zum Konfliktmanagement – Biberprogramm für Baden-Württemberg**

Der BUND Baden-Württemberg lehnt Entschädigungszahlungen für durch Biber verursachte Schäden ab, da er davon ausgeht, dass die allermeisten Konfliktfälle damit nicht wirkungsvoll gelöst werden können.

Vielmehr sind die Konflikte zu entzerren, indem viel mehr Gewässerrandstreifen als bisher in öffentlichen Besitz der Kommunen, der Landkreise und des Landes übernommen werden – vorausschauend auch dort, wo noch keine Biber eingewandert sind. Dies ist mit Hilfe des Wassergesetzes und der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft 2009 ohne Weiteres möglich und würde viele Vorteile für zahlreiche Umwelt- und Naturschutzziele (z. B. Gewässerreinigung, Erosionsschutz, Artenvielfalt) bringen. Renaturierte oder der natürlichen Sukzession überlassene Gewässerrandstreifen können als Ökokon-tomaßnahmen verbucht werden. Nur in Ausnahmefällen sollte die Landschaftspflegerichtlinie zur Finanzierung herangezogen werden.

Zur schnellen Umsetzung sollte das Land ein **Biberprogramm** auflegen, das neben den Mitteln der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft, der Ausgleichsabgabe sowie nachrangig der Landschaftspflegerichtlinie den Erfahrungshintergrund und die Mittel der Flurbereinigungsbehörden nutzt, um Verhandlungen mit GrundstückseigentümerInnen sowie die Preisfindung, Vermessung und Grundbucheintragung zu beschleunigen (z. B. Vereinfachte Verfahren für Zwecke des Naturschutzes bzw. zur Auflösung von Landnutzungskonflikten nach § 86 FlurbG). In den Regierungspräsidien müssen **personelle Voraussetzungen** zur Umsetzung des Biberprogramms geschaffen werden.

Außerdem empfiehlt der BUND die Einrichtung einer **landesweiten Facharbeitsgruppe „Biber und Gewässerrandstreifen“**, bestehend aus Biberbeauftragten, Behörden und Verbänden.

Zur Vermeidung oder Lösung von Konfliktfällen und zur Intensivierung der dringend notwendigen Gewässerrenaturierung setzt sich der BUND konkret für folgendes Vorgehen ein:

- Ungenehmigte erhebliche Störungen wie z. B. die Beeinträchtigung eines Biberbaus durch Dammerstörung und andere Maßnahmen gegen Biber und ihre Lebensräume sind **Straftaten** nach Bundesnaturschutzgesetz und müssen als solche konsequent von den Unteren Naturschutzbehörden überwacht und von den Gerichten geahndet werden.
- In die Abwägung, inwieweit ein „**störungsfreier Wasserablauf**“ nach Wassergesetz Baden-Württemberg gewährleistet werden muss, müssen Wasserbehörden und Unterhaltungsverbände den nach Wasserrahmenrichtlinie geforderten guten ökologischen Zustand und die hochwasserspitzenenkende Wirkung von Biberlebensräumen einbeziehen.
- **Entschädigungen** für Vernässungen, Fraß an Gehölzen oder Feldfrüchten, Maschinenschäden infolge Einbrüchen oder Ähnliches werden vom Land **grundsätzlich nicht** gezahlt.
- Überall dort, wo sich abzeichnet, dass die Konflikte zwischen Bewirtschaftung und Biberaktivität über die gesetzlich vorgeschriebene Gewässerrandstreifenbreite (10 m im Außenbereich und 5 m im Innenbereich zu jeder Seite des Gewässers) hinausgehen, muss die Untere Wasserbehörde umgehend einen **Gewässerrandstreifen in ausreichender Breite** festsetzen.
- **Öffentliche oder private Wege** im Bereich des Gewässerrandstreifens sind im Konfliktfall zu entwidmen und aus dem Gewässerrandstreifen heraus zu verlegen.
- Die **GrundstückseigentümerInnen** müssen im Rahmen der Konfliktbearbeitung das Angebot des sofortigen **Ankaufs** der Gewässerrandstreifen oder auch größerer vernässter Flächen erhalten. Sofern sie den Verkauf ablehnen, beispielsweise um den Zugang zum Gewässer mit den damit verbundenen Rechten zu behalten, kommt als Alternative die Eintragung einer **Grunddienstbarkeit** gegen entsprechende einmalige Entschädigung in Frage. In der Grunddienstbarkeit ist festzulegen, dass die Bewirtschaftung entweder aufzugeben oder extensiv mit Rücksicht auf Veränderungen der Gewässergestalt und der Biberaktivitäten fortzuführen ist. Der Ankauf sollte Vorrang haben vor Maßnahmen zur Verbauung oder Wasserstandssenkung.
- **Pachtverträge von öffentlichen Eigentümern** müssen die Gewässerrandstreifen entweder aussparen oder eine extensive, biberkonforme Bewirtschaftung unter Ausschluss von Schadensersatzansprüchen auf den Gewässerrandstreifen vorschreiben.
- **Bewirtschaftungs- und Pflegemaßnahmen** in Gewässern und auf Gewässerrandstreifen im öffentlichen Eigentum sollen minimiert und wo immer es mit der Gewässerunterhaltung vereinbar ist, eingestellt werden, um dem Biber Raum zur Gewässer- und Ufergestaltung zu lassen.
- Landkreisen mit Bibervorkommen wird empfohlen, **Elektrozäune, Drahtgeflecht und biologische Schälenschutzmittel** vorzuhalten, die geschädigte BewirtschafteterInnen zur Abwehr von Biberschäden kostenlos einsetzen können.

- In Fällen, in denen Biber den Betrieb von **Kläranlagen, andere wasserwirtschaftliche Einrichtungen oder gewerblich genutzte Fischzuchtanlagen** dauerhaft stören und passive Abwehrmaßnahmen wie Zäune oder Moniereisen bzw. Dammverrohrungen nicht helfen, können – mit Ausnahmegenehmigung der oberen Naturschutzbehörde und nach Maßgabe des landesweiten Biberkonfliktmanagements – Maßnahmen zur Vertreibung oder zum Fang der Biber ergriffen werden. Bei gewerblich genutzten Fischzuchtanlagen oder Wasserkraftwerken ist ein jährlicher Mindestumsatz von 50 000 Euro Voraussetzung für die Ausnahmegenehmigung.
- **Aussetzungen von gefangenen Bibern** in verwaiste oder potentielle Biberreviere sind im Einzelfall denkbar, erfordern aber einen – schriftlich verankerten – Konsens mit der regionalen Bevölkerung, um späteren Konflikten und eventuellen Haftungsansprüchen entgegen zu wirken.
- In Fällen, in denen Biber privat oder vereinsmäßig genutzte **Angelteiche** verändern, ist diese Veränderung zu tolerieren, auch wenn die Ausübung des Angelsports nicht wie gewohnt fortgeführt werden kann. Biberdammmanipulationen, die den Biberbau nicht beeinträchtigen, sind in Abstimmung mit dem Bibermanagement zulässig. Den EigentümerInnen ist der Aufkauf der Anlage wie oben bei den Gewässerrandstreifen anzubieten, soweit sie sich in Privat- bzw. Vereinsbesitz befindet. Pachtverträge sind an die veränderten Verhältnisse anzupassen.
- Die Beauftragung der **Bekämpfung von Bisamen und die Bejagung von Nutrias** in Biberrevieren ist stets mit den Biberbeauftragten der Regierungspräsidien abzustimmen. Totschlagfallen in Biberrevieren sind zu untersagen.
- In der **Jagdscheinausbildung** ist – insbesondere am Oberrhein – Wert auf die sichere Unterscheidung zwischen Biber und Nutria zu legen bzw. auf Bibervorkommen hinzuweisen mit der Maßgabe, dass die Nutria nur an Land nach sicherer Ansprache geschossen werden darf.
- Das bewährte **Bibermanagement** muss fortgeführt, gestärkt und um die vorgeschlagenen Maßnahmen sowie eine **offensive Öffentlichkeitsarbeit** mit Informationen für verschiedene Zielgruppen (Jagd, Landwirtschaft, Teichwirtschaft, Wasserkraft etc.) ergänzt werden.